

Presseinformation

Rede von Ranka Prante zu TOP 12

Es gilt das gesprochene Wort.

Kiel, 20. Mai 2010

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

jannine.menger-
hamilton@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

Rede von Ranka Prante zu gentechnisch veränderten Pflanzen: „Folgen der Gentechnik für Verbraucher sind nicht absehbar.“

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

mit unserem Antrag wollen wir dazu beitragen, dass man den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen konsequent verbieten kann. Wenn das durchkommt, haben wir fünf Großkonzerne, die die alleinige Macht über unsere Nahrungsmittel besitzen.

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Freiland birgt hohe Risiken für Umwelt, Natur und Gesundheit von Tier und Mensch. Die Verbraucher in Deutschland und Europa lehnen mit großer Mehrheit den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Trotzdem versuchen multinationale Konzerne der Chemie- und Saatgutindustrie die Agrogentechnik in Europa und Deutschland zu etablieren.

Heuchlerisch wirbt Monsanto dem Slogan: „Pflanzenanbau mit weniger Pflanzenschutzmittel“. Eigentlich müsste es heißen: „Pflanzenanbau nur mit unseren Produkten“. Denn die Düngemittel zu der Saat gibt es nur vom Anbieter. Ohne Düngemittel keine Ernte. Es ist also nicht so, dass man Gen-Saatgut anbaut und dann höhere Ernten einführt. Das mit den Ertragsraten hat sich ja auch bereits in etlichen Studien als Mumpitz erwiesen. Wieso sollte man Gensaat dann anbauen? Um den Welthunger zu bekämpfen? So ein Blödsinn.

Noch immer gibt es keine Beweise, dass Gentechnik verändertes Saatgut keine Auswirkungen auf den Menschen hat. Der Freilandanbau birgt weitere Risiken. Insbesondere im Freilandanbau besteht das Risiko, dass die veränderten Gene ungewollt und unkontrollierbar z.B. durch Bienen oder Pollenflug auf andere Pflanzen übertragen werden. Die auf diese Art gentechnisch verän-

dernten Sorten können sich weiter selbstständig ausbreiten. Keiner kann die Gefahren abschätzen. Das will DIE LINKE verhindern.

Die Beibehaltung einer gentechnikfreien landwirtschaftlichen Produktion wird mit zunehmendem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen immer schwieriger. Gerade dieses Risiko muss zu einem weitgehenden Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen führen.

Leider ist durch die EU-Rahmengesetzgebung bereits der Anbau einiger Sorten zugelassen. Nun ist auf nationaler Ebene der Verzicht auf die Gentechnik in der Landwirtschaft zu fördern. Dies kann durch die Schaffung gentechnikfreier Regionen erreicht werden.

Zum Änderungsantrag der Grünen kann ich nur sagen, dass wir diesen ablehnen, da er sich mit der jetzigen Gesetzgebung abfindet. Damit sind wir nicht einverstanden, wir halten die jetzige Gesetzgebung für nicht ausreichend. Sie haben es geschafft, unseren Antrag zu verwässern und das eigentliche und glasklare Ziel in den Hintergrund zu schieben.

Laut der Statistik eines industrienahen Verbandes wurden im Jahr 2008 weltweit 125 Millionen Hektar mit transgenen Pflanzen bestellt. Obwohl keine gesicherten Untersuchungen vorliegen ob diese Pflanzen für Mensch, Tier oder der Natur schädlich sind. Wir sind doch keine Versuchskaninchen!!!

Immer wieder kommt der Welthunger als Argument im Zusammenhang mit GVO-Saatgut. Der Welthunger wird durch Umverteilung von Oben nach unten behoben, nicht durch fragwürdige Gensaaten die keine größere Ausbeute bei der Ernte erbringen. Allein das macht deutlich, dass es den Agrogentechnikkonzernen nicht um die Lösung von Menschheitsproblemen, sondern um die Eroberung eines lukrativen Marktes geht. Es geht um die Marktmacht über das Saatgut.

Dieser Antrag könnte ein kleiner Schritt sein, diese Monopolherrschaft zu verhindern, sonst bekommen die Vertreiber von GVO-Saatgut die Kontrolle über unsere Felder. CDU und FDP hingegen tun ihr Bestes, damit die Konzerne die Kontrolle gewinnen. Und wie das Spiel funktioniert, konnten wir in Staaten wie Kanada sehen, wo die traditionellen Anbausorten verdrängt worden sind.

Wir sollten uns dies für Schleswig-Holstein nicht wünschen, ansonsten sähe es langfristig so aus, dass ein weltweiter Einheitsbrei angebaut wird, unabhängig von den Gegebenheiten vor Ort. Eine geeignete Einheitssupersaat existiert nicht. Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse darüber, wie sich Gen-Saatgut auf Mensch und Umwelt auswirkt. Niemand weiß, welche Langzeitfolgen die Verfütterung solcher Pflanzen für die Tiere und später für den Verbraucher hat.

In Schleswig-Holstein wurden in letzter Zeit vier verbotene Gen-Mais-Linien gefunden. Nach Aussage der Landesregierung ist diese nicht zu kontrollieren und somit auch nicht in den Griff zubekommen. Schleswig-Holstein muss endlich in die Lage gebracht werden, handeln zu können.

Die Regierung muss sich im Bundesrat endlich dafür einsetzen, dass wir zum Schutz der Menschen und der Umwelt handlungsfähig werden. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und für eine sichere Landwirtschaft, die die Ernährung unserer Bevölkerung ernst genug nimmt und die dann folglich auf GVO-Anbau vollkommen verzichtet. Ich danke für die Aufmerksamkeit.“